

# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

### **POLNISCHE PRÄSIDENTSCHAFT UND TRIOPRÄSIDENTSCHAFT POLENS, DÄNEMARKS UND ZYPERNS**

Im polnischen Präsidentschaftsprogramm werden folgende Prioritäten benannt:

- „Europäische Integration als Wachstumsquelle“
- „Sicheres Europa – Ernährung, Energie, Verteidigung“
- „Europa, das von seiner Öffnung profitiert“

Hauptziel der polnischen Regierung ist die Stärkung des Wirtschaftswachstums in der EU.

Gleichzeitig beginnt am 01.07.2011 auch eine neue Triopräsidentschaft, an der neben Polen Dänemark und Zypern beteiligt sind.

Die Webseite der polnischen Präsidentschaft findet sich in deutscher Sprache unter:

<http://www.pl2011.eu/de>

Die Kurzfassung des Präsidentschaftsprogramms auf Deutsch findet sich unter:

[http://www.pl2011.eu/de/program\\_and\\_priorities](http://www.pl2011.eu/de/program_and_priorities)

Das 18-Monatsprogramm der neuen Triopräsidentschaft findet sich unter:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st11/st11447.de11.pdf>

### **TERMINE UNTER POLNISCHER PRÄSIDENTSCHAFT**

Die Termine finden sich unter:

[http://pl2011.eu/en/meetings\\_and\\_events](http://pl2011.eu/en/meetings_and_events)

### **EUROPÄISCHER RAT AM 23./24.06.2011 IN BRÜSSEL: WESENTLICHE ERGEBNISSE**

Im Mittelpunkt standen wirtschafts- und finanzpolitische Fragen und verschiedene Aspekte der Migrationspolitik. Außerdem ernannte der ER *Mario Draghi* zum neuen Präsidenten der Europäischen Zentralbank. Daneben ist hervorzuheben:

- Grünes Licht für Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien –



Beitrittsdatum bleibt aber offen

- Reform der Europäischen Nachbarschaftspolitik gebilligt
- Donaustrategie abschließend gebilligt

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/de/ec/123098.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/123098.pdf)

### **EP-PLENUM AM 22./23.06.2011 IN BRÜSSEL: WESENTLICHE ERGEBNISSE**

Im Mittelpunkt standen die Sitzung des Europäischen Rats, die Gemeinsame Agrarpolitik bis 2020, die Kohäsionspolitik und die Richtlinie über Rechte der Verbraucher.

<http://www.europarl.europa.eu/activities/plenary/ta/calendar.do?language=DE>

### **ERWEITERUNG: BEITRITTSKONFERENZ MIT ISLAND – VIER VERHANDLUNGSKAPITEL ERÖFFNET, ZWEI BEREITS ABGESCHLOSSEN**

Ein Jahr nach Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Island wurden bei der Beitrittskonferenz am 27.06.2011 die ersten vier Verhandlungskapitel eröffnet und zwei davon (Wissenschaft und Forschung sowie Bildung und Kultur) bereits abgeschlossen.

### **GEMEINSAMES TRANSPARENZREGISTER ERÖFFNET – LANDESVERTRETUNGEN NICHT ZUR EINTRAGUNG VERPFLICHTET**

Das EP und die Kommission haben am 23.06.2011 das neue gemeinsame Transparenzregister eröffnet. Die Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, *Emilia Müller*, hatte Initiativen ergriffen, um eine Gleichstellung von Landesvertretungen mit privaten Lobbyisten abzuwenden. Im Register ist klaggestellt, dass Dienststellen, die Bestandteil der jeweiligen Verwaltung sind, nicht zur Registrierung verpflichtet sind.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/773&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

[http://europa.eu/transparency-register/your-organisation/who-register/index\\_de.htm](http://europa.eu/transparency-register/your-organisation/who-register/index_de.htm)



Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

### **EUROPÄISCHER RAT AM 23./24.06.2011: INNENPOLITIK**

- Forderung nach einem Mechanismus zur zeitweisen Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen
- Migration: Bekenntnis zur Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten aber keine Aussage zur Überarbeitung von Dublin-II
- Vollendung des Gemeinsamen Asylsystems bis Ende 2012.

### **POLNISCHE PRÄSIDENTSCHAFT UND TRIOPRÄSIDENTSCHAFT POLENS, DÄNEMARKS UND ZYPERNS: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMI**

Die polnische Regierung hat am 01.07.2011 den Vorsitz im Rat übernommen. Der polnische Vorsitz ist Teil der Triopräsidentschaft Polens, Dänemarks und Zyperns vom 01.07.2011 bis 31.12.2012. Das Programm der polnischen Präsidentschaft fügt sich ein in die gemeinsamen Prioritäten der Triopräsidentschaft. Es sollen die im Stockholmer Programm für 2010-2014 festgesetzten Prioritäten (EB 22/09) fortgesetzt werden. Desweiteren soll am bis 2012 geplanten Gemeinsamen Europäischen Asylsystem weitergearbeitet werden. Unter dem Stichwort „Sicheres Europa“ ist eine erfolgreiche Erweiterung des Schengenraumes und die Sicherung der Außengrenzen der EU geplant. Ein weiterer Fokus liegt auf der Verbesserung von Mechanismen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Ein spezielles Augenmerk möchte Polen auf den (zivilen) Bevölkerungsschutz legen. Schließlich möchte die polnische Ratspräsidentschaft den Prozess des Beitritts der EU zur EMRK beschleunigen.

### **FRONTEX: EINIGUNG BEI TRILOG-VERHANDLUNGEN ZU NEUEM VERORDNUNGSTEXT**

Nach zähem Ringen haben sich Kommission, Rat und EP am 21.06.2011 im Rahmen sog. Trilog-Verhandlungen auf einen Text zur Überarbeitung der FRONTEX-Verordnung geeinigt. Ziel der Überarbeitung ist es, die Europäische Grenzschutzagentur und insbesondere deren operationelle Fähigkeiten im Lichte des Stockholmer Programms und des sich daran anschließenden Aktionsplans der Kommission zu stärken. Wesentliche neue Elemente nach dem nun gefundenen Kompromiss sind u.a. die Befugnis für FRONTEX, selbst oder gemeinsam mit Mitgliedstaaten Gerätschaften zu beschaffen, die Einfüh-



rung der einheitlichen Bezeichnung „Europäische Grenzschutzteams“ und ein Mechanismus zur verpflichtenden Abstellung von Grenzschutzbeamten aus den Mitgliedstaaten auf Grundlage von Vereinbarungen zwischen FRONTEX und den Mitgliedstaaten.

#### **LIBE-AUSSCHUSS STIMMT EINRICHTUNG EINER AGENTUR ZUR VERWALTUNG VON SIS II, VIS UND EURODAC ZU**

Der EP-Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) hat am 16.06.2011 mit großer Mehrheit der Einrichtung einer Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen in der sog. „Dritten Säule“ (Freiheit, Sicherheit, Recht) zugestimmt. Die Agentur soll insbesondere das langfristige Betriebsmanagement des Schengener Informationssystems II (SIS II), des Visainformationssystems (VIS) und der Europäischen Datenbank zur Speicherung von Fingerabdrücken (EURODAC) sowie anderer zukünftiger IT-Großsysteme in der Dritten Säule sicherstellen.

#### **ASYLUNTERSTÜTZUNGSBÜRO EINSATZBEREIT**

Das Europäische Asylunterstützungsbüro (EASO) ist am 19.06.2011 von Innenkommissarin *Cecilia Malmström* offiziell eingeweiht worden und ist nun voll einsatzbereit. Das Büro mit Sitz in Valletta (Malta), soll die Umsetzung des Gemeinsamen Asylsystems unterstützen und besonders belasteten Mitgliedstaaten bei der Bearbeitung von Asylanträgen helfen.

#### **STRASSENVERKEHRSSICHERHEIT 2011-2020: TRAN-AUSSCHUSS FORDERT AKTIONSPLAN BIS ENDE 2011**

Der EP-Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN) hat am 21.06.2011 den Entwurf einer Entschließung zur Straßenverkehrssicherheit 2011-2020 angenommen. Der Bericht greift den Inhalt der Mitteilung der Kommission „Ein Europäischer Raum der Straßenverkehrssicherheit: Leitlinien für die Politik im Bereich der Straßenverkehrssicherheit“ vom 20.07.2010 auf (EB 14/10). In dem Bericht wird die Kommission aufgefordert, bis Ende 2011 ein vollständiges Aktionsprogramm vorzulegen und zählt mögliche Maßnahmen auf.



## **DATENSCHUTZ: LIBE NIMMT BERICHT ZUM GESAMTKONZEPT DATENSCHUTZ AN**

Der EP-Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Inneres und Justiz (LIBE) hat am 15.06.2011 einen Bericht zur Mitteilung der Kommission zum „Gesamtkonzept für den Datenschutz in der EU“ vom 04.11.2010 angenommen. In dem Bericht wird die Mitteilung der Kommission begrüßt und betont, dass die EU vor dem Hintergrund der neuen Herausforderungen einen schlüssigen und effektiven Rechtsrahmen brauche, um den Schutz von personenbezogenen Daten innerhalb und außerhalb der EU zu gewährleisten. Unter anderem halten es die Abgeordneten für „dringend geboten“, den Anwendungsbereich der allgemeinen Datenschutzbestimmungen in dem neuen Rechtsrahmen auf den Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen auszudehnen, und zwar auch im Hinblick auf die innerstaatliche Datenverarbeitung.

## **GRÜNBUCH UND KONSULTATION ZUR ANERKENNUNG VON BERUFSQUALIFIKATIONEN**

Die Kommission hat am 22.06.2011 ein Grünbuch zur Überarbeitung der Richtlinie 2005/36/EG über die gegenseitige Anerkennung beruflicher Qualifikationen veröffentlicht und eine Konsultation gestartet. Beiträge können bis zum 20.09.2011 eingereicht werden. Die Ergebnisse der Konsultation wird die Kommission auf einer Fachkonferenz am 07.11.2011 bekannt geben. Als eine Option schlägt die Kommission die Einführung eines (freiwilligen) Europäischen Berufsausweises vor, der den Berufstätigen den Nachweis ihrer Qualifikationen gegenüber den zuständigen Behörden und Arbeitgebern im Aufnahmeland erleichtern soll. Für Architekten schlägt die Kommission als Option vor, in einem mehrstufigen Konzept die Mindestanforderungen an die Berufsausbildung zu modernisieren (evtl. auch Einführung einer Mindestausbildungsdauer von fünf Jahren). Der Grundsatz der automatischen Anerkennung soll für Architekten genauso wie für Handwerksberufe aber beibehalten werden.

Konsultation:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2011/professional\\_qualifications\\_directive\\_en.htm#](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2011/professional_qualifications_directive_en.htm#)



## **KOMMISSION LEGT ENTWURF EINER ENERGIEEFFIZIENZ-RICHTLINIE VOR**

Die Kommission hat am 22.06.2011 den Entwurf einer Energieeffizienz-Richtlinie vorgelegt. Die Richtlinie soll die bisherige Kraft-Wärme-Kopplungs-Richtlinie (2004/8/EG) und die Energiedienstleistungs-Richtlinie (2006/32/EG) ersetzen. Sie dient der Umsetzung des vereinbarten politischen Ziels, in der EU bis zum Jahr 2020 Energieeinsparungen in Höhe von 20 % zu erreichen. Der Vorschlag sieht von einem verbindlichen Einsparziel ab, die Kommission will jedoch Einsparfortschritte bis zum 30.06.2014 überprüfen. Für den Fall dass keine ausreichenden Fortschritte erzielt werden, beabsichtigt die Kommission die Einführung verbindlicher nationaler Ziele. Dem öffentlichen Sektor sollen insbesondere zwei Pflichten auferlegt werden: Die obligatorische Renovierung von jährlich mindestens 3 % der im Eigentum befindlichen Gesamtgebäudefläche und die Beschaffung ausschließlich energieeffizienter Gebäude, Produkte und Dienstleistungen.

Zur Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/770&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **ENTSCHLIEßUNG DES EP ZUR EUROPÄISCHEN STADTPOLITIK**

Am 23.06.2011 hat das EP-Plenum eine Entschließung zur Europäischen Stadtpolitik und ihrer Zukunft im Rahmen der Kohäsionspolitik angenommen. In der Resolution wird hervorgehoben, dass die Europäische Stadtpolitik einen erheblichen Beitrag innerhalb der EU-Kohäsionspolitik darstellt und eine entscheidende Rolle bei der erfolgreichen Umsetzung der EU-2020-Strategie einnimmt. Es werden eine Reihe von Herausforderungen nachhaltiger Stadtentwicklung im Hinblick auf die folgende Förderperiode 2014 bis 2020 genannt. Gemeinsames Ziel der europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Verwaltungsebenen müsse daher ein möglichst großer Beitrag der städtischen Gebiete zum wirtschaftlichen Wachstum der EU bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung oder Verbesserung ihrer Eigenschaft als „angenehme Lebensorte“ sein. In der Entschließung werden sodann einige konkrete Empfehlungen zur Erreichung dieses Ziels aufgeführt.



## **KOMMISSION FORDERT DEUTSCHLAND AUF, HANDELSHEMMNISSE FÜR BAUPRODUKTE ZU BESEITIGEN**

Mit einer mit Gründen versehenen Stellungnahme vom 16.06.2011 hat die Kommission die Bundesrepublik aufgefordert, ihre für Bauprodukte geltenden Vorschriften und Verfahren (Bauregellisten) zu ändern, mit denen Zusatzanforderungen an Produkte aufgestellt werden, die von harmonisierten europäischen Normen erfasst sind und eine CE-Kennzeichnung tragen. Diese Zusatzanforderungen verstoßen nach Ansicht der Kommission gegen die Vorschriften des europäischen Binnenmarktes. Die Bundesregierung hat nun Gelegenheit, innerhalb von zwei Monaten erneut zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Gibt sich die Kommission mit dieser erneuten Stellungnahme der Bundesregierung nicht zufrieden und wird der Verstoß nicht abgestellt, so kann sie Klage vor dem EuGH erheben.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

## **POLNISCHE PRÄSIDENTSCHAFT UND TRIOPRÄSIDENTSCHAFT POLENS, DÄNEMARKS UND ZYPERNS: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMJV**

Die Prioritäten liegen im Justizbereich auf der weiteren Durchführung des Stockholmer Programms.

### **VORHABEN IM BEREICH DES STRAFRECHTS**

Im Strafrecht werden die schon laufenden Gesetzgebungsverfahren weiter gefördert. Neu ist hingegen ein demnächst vorliegender Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie über die gegenseitige Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen einschließlich Geldbußen für Straßenverkehrsdelikte.

### **VORHABEN IM BEREICH DES ZIVIL- UND ZIVILVERFAHRENSRECHTS**

Die polnische Präsidentschaft möchte die Verhandlungen für einen Vorschlag zur alternativen Streitbeilegung (ADR) in Verbrauchersachen sowie zu einer Verordnung zur effizienteren Vollstreckung von Entscheidungen durch Einfrieren von Bankkonten anstoßen. Im Mittelpunkt der polnischen Präsidentschaft wird aber das europäische Vertragsrecht stehen. Die Arbeiten an einem 28. Rechtssystem werden eingeleitet, mit dem der Abschluss von Kauf-



verträgen im Bereich des Binnenmarktes erleichtert wird. Das neue Rechtssystem würde neben die bereits bestehenden 27 Systeme treten.

#### VORHABEN IM BEREICH DES VERBRAUCHERSCHUTZES

Ein zentrales Projekt, das noch im Juli von der Kommission angestoßen werden wird, sind die Bemühungen zur Senkung der Roaming-Telefongebühren. Die polnische Präsidentschaft wird auch mit den Arbeiten an der nächsten verbraucherpolitischen Strategie 2014-2010 beginnen.

#### **WBF-RAT AM 21.06.2011 IN LUXEMBURG**

Die 25 an der verstärkten Zusammenarbeit im Patentrecht beteiligten Mitgliedstaaten erzielten am 21.06.2011 auf dem WBF-Rat eine einstimmige Einigung über eine allgemeine Ausrichtung zur „Verordnung über die Umsetzung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes“ sowie zur begleitenden „Verordnung über die Umsetzung der Verstärkten Zusammenarbeit bei der Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes im Hinblick auf die anzuwendenden Übersetzungsregelungen“. Man hofft, dass das Gesetzgebungsverfahren bis zum Jahresende 2011 abschlussreif ist.

#### **EP BESCHLIESST VERBRAUCHERRECHTERICHTLINIE**

Das EP hat auf seiner Plenarsitzung am 23.06.2011 die Richtlinie über die Rechte der Verbraucher angenommen. Vorgegangen waren fast dreimonatige Trilogverhandlungen zwischen EP, Rat und Kommission. Die Richtlinie will eine stärkere Harmonisierung der Verbraucherrechte, insbesondere im Bereich der Informationspflichten und der Ausübung sowie der Folgen des Widerrufsrechts erreichen. In allen EU-Staaten gelten künftig gleiche Widerrufs- und Lieferfristen sowie einheitliche Informationsvorschriften für die Händler. Nicht durchsetzt hat sich aber die von der EU-Kommission vorgeschlagene weitgehende Vollharmonisierung der Verbraucherrechte. Die noch ausstehende Zustimmung des Rates ist sicher.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language=DE&type=TA&reference=20110623&secondRef=TOC>



Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

## **VORSCHLÄGE DER KOMMISSION ZUM MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 BIS 2020**

Die Kommission hat am 29.06.2010 ihre Vorschläge für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vorgestellt. Der mehrjährige Finanzrahmen legt die jährlichen Obergrenzen für die Ausgaben der EU insgesamt und für die einzelnen Ausgabekategorien fest. Er bildet damit den Rahmen für die jährlichen EU-Haushalte. Der neue Finanzrahmen soll den Zeitraum von 2014 – 2020 abdecken. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird über den Zeitraum von 2014 bis 2020 1,025 Bio. € betragen (zu Preisen von 2011). Dies entspricht 1,05 % des Bruttonationaleinkommens. Die Zahlungsermächtigungen im mehrjährigen Finanzrahmen sollen sich nach dem Kommissionsvorschlag auf 972 Mrd. Euro belaufen (1 % des Bruttonationaleinkommens). Im laufenden Finanzrahmen 2007 - 2013 entsprechen die Verpflichtungsermächtigungen – unter Berücksichtigung von Aktualisierungen und zu jeweiligen Preisen – 1,12 %, die Zahlungsermächtigungen 1,06 % des Bruttonationaleinkommens. Auf der Einnahmeseite schlägt die Kommission zwei neue Kategorien von Eigenmitteln vor, eine Finanztransaktionssteuer und eine modernisierte EU-Mehrwertsteuer. Bis 2020 sollen die neuen Eigenmittel nach den Schätzungen der Kommission fast die Hälfte der Einnahmen des EU-Haushalts ausmachen, während der Anteil der nationalen Beiträge (BNE-Eigenmittel) von 75 % auf rund ein Drittel zurückgehen soll. Die bisherigen Korrekturmechanismen (u. a. Britenrabatt) sollen ersetzt werden durch einen einfachen und transparenten allgemeinen Korrekturmechanismus.

[http://ec.europa.eu/budget/biblio/documents/fin\\_fwk1420/fin\\_fwk1420\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/budget/biblio/documents/fin_fwk1420/fin_fwk1420_en.cfm)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/799&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/468&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=de>

## **SITZUNG DES EUROPÄISCHEN RATES (ER) VOM 23./24.06.2011 – WESENTLICHE ERGEBNISSE IM GESCHÄFTSBEREICH DES STMF**

Der ER hat Schlussfolgerungen zur Situation in Griechenland getroffen. Er hat Griechenland dazu aufgerufen, die notwendigen Reformmaßnahmen konsequent umzusetzen, um das Land auf einen nachhaltigen Weg zurückzuführen. Nachdem das griechische Parlament am 29.06.2011 wie vom ER gefordert



weitere zentrale Konsolidierungsmaßnahmen, Strukturreformen und Privatisierungen zügig beschlossen hat, dürfte das wesentliche Hindernis für die Verabschiedung eines neuen Rettungspaketes durch die Euro-Mitgliedstaaten und den IWF ausgeräumt sein. Folglich könnte im Juli auch die nächste Tranche aus dem noch laufenden Rettungsprogramm ausbezahlt werden. Am 03.07.2011 wird dazu eine Sondersitzung der Eurogruppe zu Griechenland stattfinden. Der Vertrag über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (dauerhafter Krisenmechanismus ESM) und die Aufstockung des effektiven Darlehensvolumens des vorübergehenden Krisenmechanismus EFSF auf 440 Mrd. € wurden durch den ER gebilligt. *Mario Draghi*, der derzeitige Notenbankgouverneur Italiens und Präsident des Rates für Finanzstabilität, wurde für die Zeit vom 01.11.2011 bis 31.10.2019 als EZB-Präsident ernannt. Weitere Themen waren die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters und die Umsetzung des EURO-PLUS-Paktes.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ec/123075.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/123075.pdf)

#### **WESENTLICHE ERGEBNISSE DER SITZUNGEN DER EUROGRUPPE UND DES ECOFIN-RATES VOM 19./20.06.2011**

Themen der Sitzung der Eurogruppe am 19./20.06.2011 waren im Wesentlichen der Vertrag über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (dauerhafter Krisenmechanismus ESM), die Anhebung der effektiven Darlehenskapazität des vorübergehenden Krisenmechanismus EFSF auf 440 Mrd. € sowie die weitere Vorgehensweise im Fall Griechenland (s. dazu näher den Beitrag zur Sitzung des ER in diesem EB). Bei der Sitzung des ECOFIN-Rates am 20.06.2011 ging es neben den länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters u.a. um das Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung. Insoweit gibt es mit dem EP noch keine Einigung. Die noch verbliebenen zentralen Streitpunkte sind der Anwendungsbereich des Prinzips der umgekehrten qualifizierten Mehrheit und der asymmetrische Ansatz bei der Behandlung von makroökonomischen Ungleichgewichten, d. h. die Frage der Behandlung von Leistungsbilanzüberschüssen beim Verfahren wegen eines exzessiven Defizits. Anders als geplant hat das EP daher am 23.06.2011 die erste Lesung zum Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung noch nicht abgeschlossen, damit die Verhandlungen mit dem Rat noch weitergeführt werden können. Sofern es rechtzeitig zu einer Einigung



zwischen Rat und EP kommt, könnte das Legislativpaket in der Plenarsitzung vom 04.07. - 07.07.2011 und damit noch rechtzeitig vor der Sommerpause verabschiedet werden. Zur Einlagensicherungsrichtlinie und zu SEPA wurde bereits im Ausschuss der Ständigen Vertreter (Botschafter) eine Einigung erzielt. Insoweit gab es im ECOFIN-Rat keine größeren Diskussionen mehr. Zur Verordnung über OTC-Derivate gab es noch keine Einigung im ECOFIN-Rat.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/122936.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/122936.pdf)

### **POLNISCHE PRÄSIDENTSCHAFT UND TRIOPRÄSIDENTSCHAFT POLENS, DÄNEMARKS UND ZYPERNS – GESCHÄFTSBEREICH DES STMF**

Polen übernimmt ab 01.07.2011 bis Ende des Jahres die Ratspräsidentschaft. Gleichzeitig beginnt am 01.07.2011 auch eine neue Triopräsidentschaft, an der Polen (2. Halbjahr 2011), Dänemark (1. Halbjahr 2012) und Zypern (2. Halbjahr 2012) beteiligt sind. Ein zentrales Dossier für die Triopräsidentschaft insgesamt wird der nächste mehrjährige Finanzrahmen für den Zeitraum von 2014 - 2020 sein (s. Beitrag in diesem EB). Die Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung, insbesondere die konsequente Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wird für alle drei Präsidentschaften Priorität haben. Im Finanzdienstleistungsbereich geht es um die Vollendung des im Zuge der Finanzkrise initiierten Reformprozesses. Zentrale Punkte sind die Verbesserung der Finanzmarktregulierung und Finanzaufsicht. Im Steuerbereich wird es u. a. um die gemeinsame Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage, die Zinsbesteuerungsrichtlinie, Betrugsbekämpfungsabkommen mit Drittstaaten, die Energiesteuerrichtlinie sowie ggf. auch die neue Mehrwertsteuerstrategie gehen. Wichtig ist der polnischen Ratspräsidentschaft auch, dass die EU bei den Treffen auf G20-Ebene und in sonstigen internationalen Foren mit einer Stimme spricht.

Die Webseite der polnischen Präsidentschaft findet sich in deutscher Sprache unter:

<http://www.pl2011.eu/de>

Die Prioritäten der polnischen Ratspräsidentschaft auf Deutsch findet sich unter:

[http://www.pl2011.eu/de/program\\_and\\_priorities](http://www.pl2011.eu/de/program_and_priorities)

Das 18-Monatsprogramm der neuen Triopräsidentschaft findet sich unter:



<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st11/st11447.de11.pdf>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

### **VORSCHLÄGE DER KOMMISSION FÜR DEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 BIS 2020: WICHTIGE ERGEBNISSE IM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT**

Die Kommission hat am Abend des 29.06.2011 ihre Vorschläge für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vorgestellt. Er legt für den Zeitraum von 2014 - 2020 die jährlichen Obergrenzen für die Ausgaben der EU insgesamt und für die einzelnen Ausgabekategorien fest. Das Haushaltsvolumen, gemessen an den Verpflichtungsermächtigungen (die Zahlungsermächtigungen liegen etwas darunter), soll für den Gesamtzeitraum 1,025 Bio. € betragen (zu Preisen von 2011). Dies entspricht 1,05 % des Bruttonationaleinkommens. Daneben schlägt die Kommission einige Instrumente außerhalb des mehrjährigen Finanzrahmens vor (z. B. Europäischer Globalisierungsfonds, Solidaritätsfonds, Flexibilitätsinstrument, Finanzierung einiger Großprojekte). Diese einbezogen, erhöht sich das Gesamtvolumen auf 1,083 Bio. € (1,11 % des Bruttonationaleinkommens). Für den Geschäftsbereich des StMWIVT sind vor allem die Ausführungen zu Kohäsionspolitik, Forschungsförderung und Infrastrukturfinanzierung von Bedeutung. Während der Anteil der Kohäsionspolitik am Gesamtbudget sich im Ergebnis kaum verändern dürfte, sind in den anderen Bereichen erhebliche Mittelzuwächse vorgesehen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/799&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **POLNISCHE PRÄSIDENTSCHAFT UND TRIOPRÄSIDENTSCHAFT POLENS, DÄNEMARKS UND ZYPERNS: SCHWERPUNKTE IM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT**

Polen übernimmt am 01.07.2011 von Ungarn die Ratspräsidentschaft bis zum Ende des Jahres 2011. In dem am 31.05.2011 von der polnischen Regierung beschlossenen Programm werden folgende Prioritäten für den ersten polnischen Vorsitz seit dem Beitritt 2004 benannt:

- „Europäische Integration als Wachstumsquelle“
- „Sicheres Europa – Ernährung, Energie, Verteidigung“



- „Europa, das von seiner Öffnung profitiert“.

Als oberstes Ziel ihrer Präsidentschaft nennt die polnische Regierung die Stärkung des Wirtschaftswachstums in der EU. Ebenso wurde das Programm der zukünftigen Triopräsidentschaft bis Ende 2012 mit Dänemark und Zypern veröffentlicht. Wesentliches Ziel des Trios ist der Abschluss der Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen und der damit verbundenen Rechtssetzungsvorhaben in einzelnen Politikbereichen. Dazu kommen die Weiterentwicklung des Binnenmarkts und die Sicherung der haushaltspolitischen Konsolidierung in den Mitgliedstaaten.

Die Webseite der polnischen Präsidentschaft findet sich in deutscher Sprache unter:

<http://www.pl2011.eu/de>

Programm der Triopräsidentschaft Polen, Dänemark und Zypern:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st11/st11447.de11.pdf>

#### **EUROPÄISCHER RAT (ER) AM 23./24.06.2011 – ERGEBNISSE IM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT**

Am 23./24.06.2011 trafen die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten in Brüssel zum Europäischen Rat (ER) zusammen. Der Schwerpunkt lag auf den Themen Unterstützung für Griechenland, Portugal und Irland, Absegnung der Ergebnisse des Europäischen Semesters einschließlich des Euro-Plus-Pakts, abschließende Billigung der Euro-Krisenmechanismen EFSF und ESM sowie bei Fragen zu Asyl und Schengen-Raum. Darüber hinaus ging es um außenpolitische Themen – etwa die Einigung auf einen Beitritt Kroatiens) – sowie um einige ohne Aussprache angenommene Entscheidungen, darunter die Nominierung von *Mario Draghi* an die Spitze der EZB, und die endgültige Annahme der Donaustrategie. (s. auch Beitrag aus dem Bereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament in diesem EB).

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/123098.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/123098.pdf)

#### **KOMMISSION LEGT VORSCHLAG FÜR ENERGIEEFFIZIENZRICHTLINIE VOR**

Die Kommission hat am 22.06.2011 ihren lange erwarteten Vorschlag für eine Energieeffizienz-Richtlinie vorgelegt. Sie soll die bisherige Kraft-Wärme-



Kopplungs-Richtlinie (Richtlinie 2004/8/EG) und die Energiedienstleistungs-Richtlinie (Richtlinie 2006/32/EG) ersetzen. Neben der Konsolidierung des Rechts schlägt die Kommission auch neue Maßnahmen vor. Einer der Kernpunkte ist eine verpflichtende Sanierungsquote von jährlich 3 % für Gebäude im Eigentum der öffentlichen Hand. Ebenso sollen nur noch energieeffiziente Gebäude, Produkte und Dienstleistungen beschafft werden. Die Richtlinie sieht auch Pflichten für Energieversorger und die Industrie vor. Beim Endkunden setzen Regelungen zu transparenten Abrechnungen und dem Zugang zu Verbrauchsdaten in Echtzeit an. Als besonders effiziente Art der Energieerzeugung will die Kommission in der Richtlinie die Kraft-Wärme-Kopplung fördern. Ein rechtsverbindliches Einsparziel enthält der Vorschlag nicht. Zum 30.06.2014 will die Kommission jedoch Einsparfortschritte überprüfen und je nach Ergebnis in der Folge die Einführung verbindlicher nationaler Ziele vorschlagen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/770&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **GRÜNBUCH ZUR ÜBERARBEITUNG DER BERUFSANERKENNUNGS- RICHTLINIE VERÖFFENTLICHT: KOMMISSION WILL EUROPÄISCHEN BERUFS AUSWEIS**

Die Kommission hat am 22.06.2011 ein Grünbuch zur Überarbeitung der Richtlinie 2005/36/EG über die gegenseitige Anerkennung beruflicher Qualifikationen veröffentlicht. Die Kommission möchte mit der Überarbeitung die grenzüberschreitende Mobilität von EU-Bürgern, die ihre berufliche Tätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat vorübergehend oder dauerhaft ausüben wollen, vor allem in der Praxis erleichtern. Kernpunkt der Vorschläge ist die Einführung eines (freiwilligen) Europäischen Berufsausweises. Er soll vom Herkunftsmitgliedstaat ausgestellt werden, in dem eine bestimmte Qualifikation erworben wurde. Die Behörden des Aufnahmemitgliedstaats sollen sich nach den Vorstellungen der Kommission auf die Prüfung der Gültigkeit des Europäischen Berufsausweises beschränken. Die Konsultation läuft bis zum 20.09.2011.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/767&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



## **EINIGUNG IM RAT ZUM EU-PATENT IM WEGE DER VERSTÄRKTEN ZUSAMMENARBEIT**

Die 25 an der verstärkten Zusammenarbeit im Patentrecht beteiligten Mitgliedstaaten (alle außer Spanien und Italien) konnten sich am 21.06.2011 auf einem gesondert einberufenen Wettbewerbsfähigkeitsrat in Luxemburg einstimmig auf eine allgemeine Ausrichtung zu den Rechtsetzungsvorschlägen zum Europäischen Patent einigen. Es handelt sich dabei um zwei von der Kommission am 13.04.2011 vorgelegten Verordnungsentwürfe (EB 08/11). Die „Verordnung über die Umsetzung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes“ mit den Bestimmungen zum Patentschutz selbst und die begleitende „Verordnung über die Umsetzung der Verstärkten Zusammenarbeit bei der Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes im Hinblick auf die anzuwendenden Übersetzungsregelungen“ (s. auch Beitrag des StMJV in diesem EB).

## **KOMMISSION SCHLIESST AUFTRAGSVERGABE FÜR GALILEO AB**

Die Europäische Weltraumorganisation hat im Auftrag der Kommission am 22.06.2011 die letzten zwei von sechs Aufträgen für das Satellitennavigationsprogramm GALILEO vergeben. Der Auftrag für die Formatierung der Navigationsdaten in Höhe von 281 Mio. € ging an das französische Unternehmen Thales Alenia Space. Für die Wartung und Positionierung der Satelliten erhielt das Unternehmen Astrium den Zuschlag, eine Tochter von EADS. Auftragswert ist hier 73,5 Mio. €. Die Unterzeichnung der Verträge fand im Rahmen der Luftfahrtmesse in Le Bourget statt. Damit sind nun alle sechs Großaufträge für das GALILEO-Projekt vergeben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/772&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **HOCHRANGIGE SACHVERSTÄNDIGENGRUPPE PRÄSENTIERT LEITLINIEN ZUR FÖRDERUNG VON SCHLÜSSELTECHNOLOGIEN**

Am 28.06.2011 hat eine von der Kommission eingesetzte Sachverständigengruppe einen Bericht zur Förderung von zukünftigen Schlüsseltechnologien (Key Enabling Technologies, kurz KET) vorgelegt. Ziel ist es, die europäische Innovationsfähigkeit im Bereich der Schlüsseltechnologien zu stärken, um im wachsenden globalen Wettbewerb bestehen zu können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/796&format=H>



[TML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en](#)

### **BEIHILFENANZEIGER ZEIGT STEIGENDEN ANTEIL DER INNOVATIONS-FÖRDERUNG AN STAATLICHEN BEIHILFEN**

Die Kommission hat am 22.06.2011 den jüngsten Beihilfenanzeiger über Beihilfen der Mitgliedstaaten vorgestellt. Schwerpunkt der Analyse war die Ausrichtung nationaler Beihilfen an den Zielen der Europa-2020-Strategie; allerdings liegt der Untersuchungszeitraum von 2004 – 2009 noch vor Verabschiedung dieser Leitlinien. Die Kommission kam aber zum Ergebnis, dass bereits die Lissabon-Strategie als Vorläuferin der Strategie Europa 2020 dem EU-Beihilfenrecht eine Orientierung gab, mit der Beihilfen zunehmend zu den Zielen von Europa 2020 beitragen. So sei insbesondere der Anteil von Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation (kurz FuEul) von 0,05 % des BIP (5,7 Mrd. €) im Jahr 2004 auf 0,09% des BIP (10,6 Mrd. €) im Jahr 2009 gestiegen. 29 % der gesamten EU-weit ausgezahlten FuEul-Beihilfen entfielen nach Aussage der Kommission auf Deutschland.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/769&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION ERÖFFNET KONSULTATION ZUR FILMFÖRDERUNG**

Am 20.06.2011 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Thema Filmförderung in der EU. Laut Wettbewerbskommissar *Joaquín Almunia* möchte die Kommission bis zum 30.09.2011 ein umfassendes Meinungsbild zu den Filmförderkriterien gemäß der derzeit geltenden Mitteilung zur Filmwirtschaft einholen (EB 17/11), um im Anschluss daran eine Prüfung neuer Beihilferegelungen einzuleiten. Grundsätzlich werden staatliche Beihilfen für Filme und audiovisuelle Werke von der Kommission zwar nicht in Frage gestellt, doch will sie insbesondere den Subventionswettbewerb europäischer Staaten um US-Filmproduktionen künftig verhindern. Da die derzeitigen Regelungen nur noch bis zum Ende des nächsten Jahres gelten, plant die Kommission mit der Annahme einer neuen Mitteilung zur Filmwirtschaft für das zweite Halbjahr 2012 (s. auch Beitrag im Bereich der IuK- und Medienpolitik in diesem EB).



### **KOMMISSION GENEHMIGT ÜBERNAHME VON REDCOON DURCH MEDIA-SATURN-HOLDING**

Die Kommission hat am 24.06.2011 den Erwerb des Onlinehandelsunternehmens Redcoon GmbH durch die Media-Saturn-Holding GmbH aus Ingolstadt genehmigt, da die Fusion den Wettbewerb nicht wesentlich beeinträchtigt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/788&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION LEGT POLITISCHE LEITLINIEN ZUR VORBEREITUNG DER UN-KONFERENZ „RIO+20“ VOR**

Die Kommission hat am 20.06.2011 im Rahmen einer Mitteilung Vorschläge zur Positionierung der EU auf der UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung Rio+20 vom 04. - 06.06.2012 in Rio de Janeiro vorgelegt. Die Mitteilung „Rio+20: Hin zu einer umweltverträglichen Wirtschaft und besserer Governance“ beschreibt Zielsetzungen und Maßnahmen für den Übergang zu einer umweltverträglichen Wirtschaft in Verbindung mit nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung. (s. auch Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/754&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

### **KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUM MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 - 2020**

Am Abend des 29.06.2011 stellten Kommissionspräsident *Barroso* und Haushaltskommissar *Lewandowski* die Mitteilung der Kommission zum mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 „A Budget for Europe 2020“ vor (s. hierzu Beitrag des StMF in diesem EB). Danach schlägt die Kommission zur Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Zeitraum 2014 - 2020 folgende Zahlen (in Mrd. € zu Preisen von 2011) vor: 1. Säule GAP (281,8) und 2. Säule GAP (89,9). Aus Mitteln anderer Fonds könnten dazu noch 15,2 Mrd. € für die Agrarpolitik ergänzt werden. Damit stünden für den Siebenjahreszeitraum insgesamt 386,9 Mrd. € zur Verfügung, was 36,2 % des Haushaltsvolumens entspricht. In der laufenden Periode waren es noch 39,4 %. Im Kommissions-text wird erläutert, dass die Zwei-Säulen-Struktur der GAP erhalten und die Gestaltung der Agrarpolitik umfassend modernisiert und vereinfacht werden



solle. 30 % der Direktzahlungen sollen an Umwelt- und Klimaschutzauflagen gebunden werden. Auch die Umsetzung einer gerechteren Verteilung der Direktzahlungen wird näher erläutert. Bis 2020 sollen alle Mitgliedstaaten, deren Niveau unter 90 % des EU-Durchschnitts liegt, ein Drittel dieser Lücke schließen. Diese Maßnahme sei von jenen Mitgliedstaaten proportional zu finanzieren, die über dem EU-Durchschnitt liegen. Auch die Verteilung der Mittel der 2. Säule solle überprüft und auf Basis objektiverer Kriterien zielgerichteter verteilt werden. Die Basis-Direktzahlungen pro Betrieb sollen einer Obergrenze unterliegen, die bei Großbetrieben auch die Beschäftigung berücksichtigen solle. Nach 2013 solle der Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) einem gemeinsamen strategischen Rahmen für alle Strukturfonds unterliegen. Außerdem schlägt die Kommission eine Notfallreserve („Emergency Aid Reserve“) zur Reaktion in Krisensituationen vor.

Weitere Informationen zum mehrjährigen Finanzrahmen unter:

[http://ec.europa.eu/budget/reform/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/budget/reform/index_en.htm)

Mitteilung der Kommission „A budget for Europe 2020“ vom 29.06.2011 unter:

[http://ec.europa.eu/budget/biblio/documents/fin\\_fwk1420/fin\\_fwk1420\\_en.cfm#doc1](http://ec.europa.eu/budget/biblio/documents/fin_fwk1420/fin_fwk1420_en.cfm#doc1)

#### **EP-PLENUM: DESS-BERICHT ZUR GAP BIS 2020 VERABSCHIEDET**

Der Bericht von MdEP *Albert Deß* „Die GAP bis 2020“ wurde am 23.06.2011 im Plenum des EP in Brüssel mit großer Mehrheit verabschiedet. Es wurde über 40 Änderungsanträge abgestimmt. Gegenüber dem im EP-Agrarausschuss am 25.05.2011 angenommenen Bericht (EB 11/11) wurden durch die Abstimmung im Plenum nur geringfügige Änderungen eingebracht. Neu ist die Forderung, eine Bewertung des Milchmarkts bis März 2015 durchzuführen, ein weiterer Abschnitt weist auf die zentrale Rolle der Milchproduktion für die EU-Landwirtschaft hin. Das EP fordert explizit eine angemessene Finanzierung der 2. Säule der GAP. Auf die positiven Auswirkungen tierschutzfreundlicher Erzeugungsmethoden wird hingewiesen. Gescheitert sind hingegen Änderungsanträge, die sich gegen eine Obergrenze für Direktzahlungen aussprachen. Damit bleibt das EP dabei, Obergrenzen für Direktzahlungen zu begrüßen und weitere Mechanismen zur Erhöhung der Akzeptanz der Direktzahlungen in der Öffentlichkeit, wie z. B. eine degressive Gestaltung, zu fordern.

Vorläufige Ausgabe des angenommenen Berichts als „Texte (Teil 3)“ unter:



<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=20110623&secondRef=TOC&language=DE>

Pressemitteilung des EP unter:

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110622IPR22328/html/EU-Agrarpolitik-nach-2013-gr%C3%BCner-fairer-wettbewerbsf%C3%A4higer>

Reaktion Agrarkommissar *Cioloş* unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEX/11/0624&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **POLNISCHE PRÄSIDENTSCHAFT UND TRIOPRÄSIDENTSCHAFT POLENS, DÄNEMARKS UND ZYPERNS: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMELF**

Polen übernimmt am 01.07.2011 von Ungarn die Ratspräsidentschaft bis zum Ende des Jahres 2011. In dem Programm der polnischen Regierung (s. hierzu Beitrag aus dem Bereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament in diesem EB) wird die Reform der GAP als ein Aspekt zur Erhöhung der Sicherheit in Europa gesehen. Dazu müssten die europäischen Fonds effektiver genutzt werden. Die GAP müsse marktorientiert und unter Berücksichtigung von öffentlichen Gütern, wozu eine sichere und multifunktionale Entwicklung der Landwirtschaft und ländlicher Räume gehöre, weiterentwickelt werden. Wichtige Elemente der GAP-Reform seien insbesondere die Themen Direktzahlungen und Unterstützung ländlicher Räume. Außerdem wird die Reform der GAP, neben der Kohäsionspolitik, als wichtiges Instrument zur Verbesserung der europäischen Integration zur Erhöhung des Wachstums gesehen. Die GAP-Reform müsse dazu die Modernisierung der europäischen Landwirtschaft und die Verbesserung ihrer Wettbewerbskraft garantieren. Auch im Programm der nächsten Triopräsidentschaft (Polen, Dänemark, Zypern) steht die Reform der GAP im Mittelpunkt der Agrarpolitik. Eine Reduzierung des administrativen Aufwands müsse erreicht werden.

### **ERGEBNISSE DES AGRARRATS AM 28.06.2011 IN LUXEMBURG**

Auf der Sitzung des Agrarrats am 28.06.2011 in Luxemburg standen vor allem Themen zur Hochseefischerei auf der Tagesordnung. Daneben wurden die Minister über die weitere Entwicklung zum EHEC-Ausbruch seit dem Sonderagrarrat am 07.06.2011 in Luxemburg (EB 12/11) informiert. Der Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, *John Dalli*, berichtete von rückläufigen



EHEC-Neuinfektionen, einem neuen Auftreten von EHEC in Frankreich, dem man auf der Spur sei und der technischen Umsetzung der Aufhebung des russischen Importverbots für Gemüse und Obst aus der EU. Nach Agrarkommissar *Cioloş* verbessere sich die Preislage bei dem von der EHEC-Krise betroffenen Gemüse langsam, habe sich jedoch noch nicht normalisiert. *Cioloş* kündigte Absatzfördermaßnahmen an, wobei das Umsetzungsdatum auf den 15.09.2011 vorgezogen werden solle. Die Kommission wolle hierfür über drei Jahre jährlich 5 Mio. € zusätzlich zur Verfügung stellen und das Budget damit um 15 Mio. € anheben. Außerdem standen ein Meinungs austausch zum Nahrungsmittelprogramm für bedürftige Menschen in der EU sowie Informationen über die Ergebnisse des G20-Agrarministertreffens in Paris auf der Tagesordnung.

Pressemitteilung zum Agrarrat am 28.06.2011 in Luxemburg unter:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/123238.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/123238.pdf)

#### **EP-AGRARAUSSCHUSS: ABSTIMMUNG ÜBER „MILCHPAKET“**

Der EP-Agrarausschuss hat am 27.06.2011 den Berichtsentwurf von *James Nicholson* (ECR/UK) zu Vertragsbeziehungen im Sektor Milch und Milchzeugnisse mit 34 zu 3 Stimmen angenommen (s. auch EB 09/11). Gegenüber dem Entwurf wurden deutliche Änderungen vorgenommen: Der Agrarausschuss befürwortet eine Vertragspflicht für Milchlieferungen von Landwirten an Molkereien, während der ursprüngliche Berichtsentwurf von *Nicholson* freiwillige Verträge vorsah. Landwirte sollen die Möglichkeit erhalten, Erzeugerorganisationen beizutreten, darin dürfen jedoch maximal 3,5 % der EU-Milchproduktion bzw. 40 % der nationalen Milchproduktion gebündelt werden. National bedeutet dies eine Steigerung von 7 % gegenüber dem Kommissionsvorschlag. Der abgestimmte Text sieht vor, dass Mitgliedstaaten in berechtigten Fällen von dieser Bedingung abweichen können, wenn sich Produktionsstätten in geografisch unterschiedlichen Gebieten befinden. In Einzelfällen können die nationale Wettbewerbsbehörde oder die Kommission entscheiden, die Vereinbarung mit der Erzeugerorganisation entweder neu zu verhandeln oder auszusetzen. Die neuen Regeln für den Milchsektor sollen bis zum 30.06.2020 gelten und in den Jahren 2014 und 2018 überprüft werden. Trilogverhandlungen zwischen EP, Kommission und Rat sollen im Juli beginnen. Die Abstimmung des Berichts im Plenum in Straßburg ist vorläufig für den



24. - 27.10.2011 vorgesehen.

Presseerklärung des EP zum Milchpaket:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20110627IPR22638+0+DOC+XML+V0//EN&language=DE>

Berichtsentwurf von *Nicholson*:

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009\\_2014/documents/agri/pr/853/853155/853155de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/agri/pr/853/853155/853155de.pdf)

Änderungsanträge:

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009\\_2014/documents/agri/am/860/860125/860125de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/agri/am/860/860125/860125de.pdf)

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009\\_2014/documents/agri/am/860/860125/860125de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/agri/am/860/860125/860125de.pdf)

### **EP-AGRARAUSSCHUSS: ABSTIMMUNG DES QUALITÄTSPAKETS**

Am 21.06.2011 stimmte der Agrarausschuss des EP einen ersten Teil des Berichts von *Iratxe Garcia Pérez* (S&D/Spanien) zum Legislativvorschlag der Kommission zu Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse („Qualitätspaket“) vom 10.12.2010 ab, der diesen Teil der EU-Agrarpolitik reformieren soll (EB 22/10). Nach Meinung der Abgeordneten des EP-Agrarausschusses sollen die Hersteller von regionalen Spezialitäten die Möglichkeit erhalten, die Angebotsmenge eines solchen Produkts zu beschränken, um einen Preisverfall zu verhindern. Entsprechende Maßnahmen müssten jedoch vom jeweiligen Mitgliedstaat genehmigt werden und der Kommission solle ein Vetorecht eingeräumt werden. Schutzvereine müssten die Möglichkeit haben, geografische Herkunftsangaben gegenüber Konkurrenten von außerhalb des Schutzgebiets auf dem Rechtsweg zu verteidigen. Außerdem fordern die Abgeordneten die Einrichtung eines speziellen Siegels für Bergprodukte. Danach dürften nur Produkte als solche bezeichnet werden, die sowohl in nach EU-Recht ausgewiesenen Berggebieten bzw. in unmittelbarer Umgebung erzeugt als auch verarbeitet wurden. Auf ein besonderes EU-Gütesiegel für Inselprodukte und Direktvermarktung konnte sich das EP nicht einigen. Die Machbarkeit solcher Gütesiegel solle die Kommission überprüfen. Voraussichtlich wird der Entwurf erst nach der Sommerpause im EP-Plenum in erster Lesung beraten. Danach beginnen die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten.

Information zur EU-Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse:

[http://ec.europa.eu/agriculture/quality/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/quality/index_de.htm)



Legislativvorschlag der Kommission und Information dazu unter:

[http://ec.europa.eu/agriculture/quality/policy/quality-package-2010/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/quality/policy/quality-package-2010/index_de.htm)

Berichtsentwurf und Änderungsanträge unter:

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/draftReportsCom/comparlDossier.do?dossier=AGRI%2f7%2f04858&body=AGRI&language=DE>

### **KOMMISSION STELLT 113,5 MIO. € FÜR BEDÜRFTIGENPROGRAMM 2012 ZUR VERFÜGUNG**

Am 15.06.2011 entschied die Kommission, die bereitgestellte Summe für das Nahrungsmittelprogramm für bedürftige Menschen in der EU, von der letztes Jahr 13 Mio. Menschen profitiert hatten, im Jahr 2012 auf 113,5 Mio. € zu kürzen. Im September 2010 wurde noch vorgeschlagen, 500 Mio. € zu gewähren. Die 113,5 Mio. € entsprechen dem momentan verfügbaren Interventionsbestand. Das Gericht der EU (EuG) hatte am 13.04.2011 entschieden, dass die Agrarprodukte für dieses Hilfsprogramm weitgehend aus Interventionsbeständen zu entnehmen sind (EB 08/11).

Pressemitteilung der Kommission unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/756&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **ERH KRITISIERT BETRIEBSPRÄMIENREGELUNG DER GAP**

Der Europäische Rechnungshof (ERH) kritisierte im Rahmen des Sonderberichts „Betriebsprämienregelung: Fragestellungen im Hinblick auf ein besseres Finanzmanagement“, der am 29.06.2011 in Brüssel vorgestellt wurde, die Betriebsprämienregelung der GAP. Auf Grund unpräziser Rechtsvorschriften profitierten auch Personen und Einrichtungen von den Geldern, die keine oder nur eine marginale landwirtschaftliche Tätigkeit ausübten. Der ERH fordert eine Definition des „aktiven Landwirts“. Außerdem sollen die Summen für die größten Nutznießer gedeckelt und die Merkmale für beihilfefähige Flächen genauer definiert werden. Positiv sei, dass durch die Betriebsprämienregelung eine stärker marktorientierte landwirtschaftliche Erzeugung angeregt und damit gleichzeitig umweltfreundliche Produktionsmethoden gefördert würden. Die Kommission wies in ihrer Antwort auf die Pläne zur Reform der GAP nach 2013 hin.

Sonderbericht des ERH unter:



<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/8104723.PDF>

## **FOREST EUROPE-MINISTERKONFERENZ ZUM SCHUTZ DER WÄLDER IN EUROPA**

Die Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa beschloss bei ihrem Treffen in Oslo vom 14. - 16.06.2011, Verhandlungen zu rechtlich bindenden Vereinbarungen aufzunehmen. Angenommen wurden auch Ziele der Europa 2020-Strategie für Wälder. Teilnehmer der Konferenz waren Minister und hochrangige Vertreter der 42 „Forest Europe-Staaten“ sowie die EU, die von Generaldirektor *José Manuel Silva Rodriguez* (GD AGRI) repräsentiert wurde. Sechs weitere Staaten und 29 internationale Nicht-Regierungsorganisationen waren als Beobachter beteiligt.

Weitere Informationen unter:

[http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/43\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/43_en.htm)

[http://www.foresteurope.org/eng/Press/News/News\\_2011/Ministers+launch+negotiations+for+a+Legally+Binding+Agreement+on+Forests+in+Europe.9UFRHQWM.ips](http://www.foresteurope.org/eng/Press/News/News_2011/Ministers+launch+negotiations+for+a+Legally+Binding+Agreement+on+Forests+in+Europe.9UFRHQWM.ips)

Pressemitteilung unter:

[http://www.foresteurope.org/filestore/foresteurope/Press\\_releases/2011/Press\\_Release\\_FOREST\\_EUROPE\\_Ministerial\\_Conference\\_Decision\\_LegallyBinding\\_Agreement.pdf](http://www.foresteurope.org/filestore/foresteurope/Press_releases/2011/Press_Release_FOREST_EUROPE_Ministerial_Conference_Decision_LegallyBinding_Agreement.pdf)

## **NEUER RECHTSRAHMEN FÜR LEBENSMITTEL, DIE FÜR EINE BESONDERE ERNÄHRUNG BESTIMMT SIND**

Die Kommission hat am 20.06.2011 einen Vorschlag für eine Verordnung über Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder sowie über Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke veröffentlicht, mit dem eine umfassende Revision des Rechtsrahmens für Lebensmittel, die für eine besondere Ernährung bestimmt sind, eingeleitet wird. Ziel ist, durch die Vereinfachung der gesetzlichen Regelungen dem Verbraucher bessere und genauere Informationen über Lebensmittel für besondere Ernährungszwecke zur Verfügung zu stellen, Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt zu vermeiden sowie die Kontrollen der Kennzeichnung solcher Lebensmittel durch nationale Behörden zu erleichtern. Dies betrifft z. B. Lebensmittel für Säuglinge, Kleinkinder, Schwangere, Sportler oder Menschen mit Laktose- oder Glutenintoleranz. Das EP und der



Rat beraten in Folge über den Vorschlag im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren. Die neuen Bestimmungen sollen Ende 2012 in Kraft treten.

Verordnungsvorschlag:

[http://ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/nutritional/docs/sanco\\_11224\\_2011\\_rev5\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/nutritional/docs/sanco_11224_2011_rev5_de.pdf)

Weitere Informationen:

[http://ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/nutritional/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/nutritional/index_en.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

### **POLNISCHE PRÄSIDENTSCHAFT UND TRIOPRÄSIDENTSCHAFT POLENS, DÄNEMARKS UND ZYPERNS: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS**

Polen, das die EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011 übernehmen wird, hat drei zentrale Prioritäten für seinen Ratsvorsitz angekündigt. Danach will Polen zur Stärkung des Binnenmarkts das Wirtschaftswachstum in der EU fördern („Die europäische Integration als Wachstumsquelle“), wobei einen besonderen Stellenwert die Verhandlungen zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 darstellen. Weitere Prioritäten bilden Sicherheit u. a. in Bereichen wie der Ernährung oder der Energieversorgung („Sicheres Europa“) sowie die Außen- und Sicherheitspolitik („Europa, das von seiner Öffnung profitiert“). Dominierendes Thema mit Blick auf die Sozialpolitik soll der demografische Wandel sein. Weitere Schwerpunkte bilden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Perspektiven älterer Beschäftigter und die Förderung einer aktiven Bürgergesellschaft.

<http://pl2011.eu/de/content/prioritaeten-der-ratspraesidentschaft-genehmigt>

### **BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALMINISTERRAT AM 17.06.2011 IN LUXEMBURG: INSBESONDERE ERSTES EUROPÄISCHES SEMESTER, MUTTERSCHUTZ-RICHTLINIE**

Die Umsetzung des ersten Europäischen Semesters im Rahmen der Politikkoordinierung der Europa 2020-Strategie, eine Debatte zu Fragen des demographischen Wandels und der Familienpolitik sowie die Richtlinienvorschläge zur Revision des Mutterschutzes und zur Ausweitung der europäischen Antidiskriminierungsvorschriften standen im Fokus der Tagung des Beschäfti-



gungs- und Sozialministerrats am 17.06.2011 in Luxemburg. Zu den Richtlinienvorschlägen nahm der Rat Kenntnis von den Fortschrittsberichten, die die ungarische Präsidentschaft vorgelegt hatte. Zudem nahmen die Minister eine Reihe von Ratsschlussfolgerungen an, u. a. zur Förderung der Jugendbeschäftigung im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele der Europa 2020-Strategie, zur Unterstützung der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020, zur Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben im Kontext des demographischen Wandels sowie zur Bekämpfung der Kinderarmut und der Förderung des Wohlergehens des Kindes.

<http://www.eu2011.hu/news/council-european-semester-finish-line>

### **GRÜNBUCH ZUR ÜBERARBEITUNG DER BERUFSANERKENNUNGS- RICHTLINIE VERÖFFENTLICHT: KOMMISSION WILL EUROPÄISCHEN BERUFS AUSWEIS**

Die Kommission hat am 22.06.2011 ein Grünbuch zur Überarbeitung der Richtlinie 2005/36/EG über die gegenseitige Anerkennung beruflicher Qualifikationen veröffentlicht. Die Kommission möchte mit der Überarbeitung die grenzüberschreitende Mobilität von EU-Bürgern, die ihre berufliche Tätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat vorübergehend oder dauerhaft ausüben wollen, vor allem in der Praxis erleichtern. Kernpunkt der Vorschläge ist die geplante Einführung eines (freiwilligen) Europäischen Berufsausweises. Er soll vom Herkunftsmitgliedstaat ausgestellt werden, in dem eine bestimmte Qualifikation erworben wurde. Die Behörden des Aufnahmemitgliedstaats sollen sich nach den Vorstellungen der Kommission auf die Prüfung der Gültigkeit des Europäischen Berufsausweises beschränken. Die Konsultation läuft bis zum 20.09.2011 (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Grünbuch:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/docs/2011/professional\\_qualifications\\_directive/COM267\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/docs/2011/professional_qualifications_directive/COM267_de.pdf)

### **VORSCHLÄGE DER KOMMISSION ZUM MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 BIS 2020**

Die Kommission hat am 29.06.2010 ihre Vorschläge für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vorgestellt. Der mehrjährige Finanzrahmen legt die jährlichen Obergrenzen für die Ausgaben der EU insgesamt und für die einzelnen Ausgabekategorien fest. Er bildet damit den Rahmen für die jährlichen EU-



Haushalte. Der neue Finanzrahmen soll den Zeitraum von 2014 – 2020 abdecken. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird über den Zeitraum von 2014 bis 2020 1,025 Bio. € betragen (zu Preisen von 2011). Dies entspricht 1,05 % des Bruttonationaleinkommens. Die Zahlungsermächtigungen im mehrjährigen Finanzrahmen sollen sich nach dem Kommissionsvorschlag auf 972 Mrd. Euro belaufen (1 % des Bruttonationaleinkommens). Im laufenden Finanzrahmen 2007 – 2013 entsprechen die Verpflichtungsermächtigungen – unter Berücksichtigung von Aktualisierungen und zu jeweiligen Preisen – 1,12 %, die Zahlungsermächtigungen 1,06 % des Bruttonationaleinkommens. Auf der Einnahmeseite schlägt die Kommission zwei neue Kategorien von Eigenmitteln vor, eine Finanztransaktionssteuer und eine modernisierte EU-Mehrwertsteuer. Bis 2020 sollen die neuen Eigenmittel nach den Schätzungen der Kommission fast die Hälfte der Einnahmen des EU-Haushalts ausmachen, während der Anteil der nationalen Beiträge (BNE-Eigenmittel) von 75 % auf rund ein Drittel zurückgehen soll. Die bisherigen Korrekturmechanismen (u. a. Britenrabatt) sollen ersetzt werden durch einen einfachen und transparenten allgemeinen Korrekturmechanismus (s. hierzu Beitrag de StMF in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/budget/biblio/documents/fin\\_fwk1420/fin\\_fwk1420\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/budget/biblio/documents/fin_fwk1420/fin_fwk1420_en.cfm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

### **POLNISCHE PRÄSIDENTSCHAFT UND TRIOPRÄSIDENTSCHAFT POLENS, DÄNEMARKS UND ZYPERNS: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUK**

Dem 18-Monatsprogramm der am 01.07.2011 beginnenden Triopräsidentschaft Polens, Dänemarks und Zyperns zufolge gewinnen die Politikbereiche Bildung, Jugend und Sport zunehmend an Bedeutung für künftiges Wachstum, wirtschaftlichen Wohlstand und sozialen Zusammenhalt in der EU. Eine der Hauptaufgaben der drei Vorsitze wird deshalb darin bestehen, gemeinsam mit dem EP zu prüfen, welche finanzielle Unterstützung die EU hierfür künftig leisten kann. Die Verhandlungen über die neue Generation der EU-Bildungs- und Jugendprogramme nach 2013 werden die Arbeitspläne aller drei Vorsitze dominieren.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st11/st11447.de11.pdf>



## **KOMMISSION STELLT VORSCHLÄGE FÜR NÄCHSTEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN VOR: AUFSTOCKUNG DER BILDUNGSMITTEL VORGESEHEN**

Die Kommission hat am 29.06.2011 ihre Vorschläge für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vorgestellt, der den Siebenjahreszeitraum von 2014 bis 2020 abdecken soll und den Rahmen für die jährlichen EU-Haushalte bildet. Ein Großteil des neuen Haushalts soll auf die Strategie „Europa 2020“ für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum ausgerichtet werden und dadurch Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum schaffen. Zu diesem Zweck soll die EU in Wissen und Knowhow investieren und die Mittel für die allgemeine und berufliche Bildung aufstocken. Zugleich sollen die bestehenden Bildungs- und Jugendprogramme zusammengelegt werden. Die Kommission schlägt vor, für den Zeitraum 2014-2020 15,2 Mrd. € für den Bereich Bildung und Jugend zuzuweisen und das neue Programm „Education Europe“ zu nennen. Diese Mittel sollen – wie bisher – durch eine umfangreiche Unterstützung für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen im Rahmen der Strukturfonds ergänzt werden (s. hierzu Beitrag des StMF in diesem EB).

Die bisher nur auf Englisch zur Verfügung stehenden Dokumenten sind auf folgender Internetseite zu finden:

[http://ec.europa.eu/budget/biblio/documents/fin\\_fwk1420/fin\\_fwk1420\\_de.cfm#doc1](http://ec.europa.eu/budget/biblio/documents/fin_fwk1420/fin_fwk1420_de.cfm#doc1)

## **KOMMISSION LEGT GRÜNBUCH ZUR ÜBERARBEITUNG DER RICHTLINIE ÜBER DIE ANERKENNUNG VON BERUFSQUALIFIKATIONEN VOR**

Die Kommission hat am 22.06.2011 ein Grünbuch zur Überarbeitung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen veröffentlicht und damit zugleich eine Konsultation eingeleitet, die der Öffentlichkeit bis zum 20.09.2011 die Möglichkeit bietet, zu den im Grünbuch aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Einen hierauf aufbauenden Legislativvorschlag zur Aktualisierung der Richtlinie kündigte EU-Binnenmarktkommissar *Michel Barnier* für Dezember 2011 an. Ziel der Überarbeitung der sechs Jahre alten Richtlinie ist es, die grenzüberschreitende Mobilität von EU-Bürgern, die ihre berufliche Tätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat ausüben wollen, zu erleichtern und damit zugleich die europäische Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).



[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/docs/2011/professional\\_qualifications\\_directive/COM267\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/docs/2011/professional_qualifications_directive/COM267_de.pdf)

### **BILDUNGSAUSSCHUSS DES RATES DISKUTIERT ÜBER ENGERE ZUSAMMENARBEIT MIT BESCHÄFTIGUNGSAUSSCHUSS UND ÜBER BENCHMARKVORSCHLÄGE**

Auf der letzten Sitzung des Bildungsausschusses unter ungarischem Vorsitz sprachen sich die Mitgliedstaaten insbesondere im Hinblick auf die künftigen Europäischen Semester im Rahmen der Europa 2020-Strategie für eine engere Zusammenarbeit mit dem Beschäftigungsausschuss aus. Anschließend stellte die Kommission ihre im Mai veröffentlichten Vorschläge für Benchmarks zur Beschäftigungsfähigkeit und zur Lernmobilität vor. Die Benchmarkvorschläge für die Lernmobilität fanden zwar die grundsätzliche Unterstützung der Mitgliedstaaten, doch hielten die meisten Delegationen eine ausführliche Diskussion während der am 01.07.2011 beginnenden polnischen Präsidentschaft für erforderlich. Den Benchmarkvorschlag zur Beschäftigungsfähigkeit schätzten viele Mitgliedstaaten insbesondere aus methodologischen bzw. konzeptionellen Gründen kritisch ein.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

### **POLNISCHE PRÄSIDENTSCHAFT UND TRIOPRÄSIDENTSCHAFT POLENS, DÄNEMARKS UND ZYPERNS: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWFK**

Themen aus den Bereichen Hochschule, Forschung und Kunst stellen keine zentralen Vorhaben der polnischen Ratspräsidentschaft dar. Gewichtige eigene Initiativen stehen daher nicht bevor. Stattdessen wird die Agenda v. a. von den allerdings bedeutsamen Beratungen über künftige Programmstrukturen ab 2014 geprägt, insbesondere dem nächsten Forschungsrahmen, aber auch dem Kulturprogramm. Neben einer an der Europa 2020-Strategie ausgerichteten Wirtschaftsorientierung wird die Einbeziehung der Nachbarländer zur EU im Osten und Süden einen bestimmenden Kontext darstellen.

[http://pl2011.eu/sites/default/files/users/shared/o\\_prezydencja/18miesieczny\\_en.pdf](http://pl2011.eu/sites/default/files/users/shared/o_prezydencja/18miesieczny_en.pdf)



## **KOMMISSION STELLT VORSCHLÄGE FÜR NÄCHSTEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN VOR: AUFSTOCKUNG DER FORSCHUNGS- UND BILDUNGSMITTEL VORGESEHEN**

Die Kommission hat am 29.06.2011 ihre Vorschläge für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vorgestellt, der den Siebenjahreszeitraum von 2014 - 2020 abdecken soll und den Rahmen für die jährlichen EU-Haushalte bildet. Ein Großteil des neuen Haushalts soll auf die Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum ausgerichtet werden und dadurch Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum schaffen. Zu diesem Zweck soll die EU in Wissen und Knowhow investieren und die Mittel für die Forschung und Innovation sowie allgemeine und berufliche Bildung aufstocken. Zugleich sollen die bestehenden Bildungs- und Jugendprogramme sowie auch die derzeitigen Forschungs- und Innovationsfinanzierungsinstrumente (Forschungsrahmenprogramme und das CIP-Programm: Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation) zusammengelegt werden. Die Kommission schlägt vor, für den gemeinsamen strategischen Rahmen für Forschung und Innovation von 2014 - 2020 80 Mrd. € bereitzustellen. In das neue Programm mit dem Namen „HORIZON 2020“ wird auch das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) integriert (s. Beitrag in diesem EB). Für den Bereich Bildung und Jugend sollen Mittel in Höhe von 15,2 Mrd. € zugewiesen und das neue Programm „Education Europe“ genannt werden. Diese Mittel sollen – wie bisher – durch eine umfangreiche Unterstützung für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie für Forschung und Innovation im Rahmen der Strukturfonds ergänzt werden (s. hierzu Beiträge des StMF und des StMUK in diesem EB).

Die bisher nur auf Englisch zur Verfügung stehenden Dokumenten sind auf folgender Internetseite zu finden:

[http://ec.europa.eu/budget/biblio/documents/fin\\_fwk1420/fin\\_fwk1420\\_de.cfm#doc1](http://ec.europa.eu/budget/biblio/documents/fin_fwk1420/fin_fwk1420_de.cfm#doc1)

### **EIT: STRATEGIEPLAN FÜR DIE ZEIT AB 2014**

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) hat seine Strategische Innovationsagenda für die nächste Haushaltsperiode ab 2014 veröffentlicht und sie zugleich offiziell bei der zuständigen Generaldirektion für Bildung und Kultur der Kommission eingereicht. Die Innovationsagenda beinhaltet insbesondere Vorschläge für die nächste Generation der „Knowledge and Innova-



tion Communities“ (KICs), in denen Privatwirtschaft und Forschungsinstitutionen gemeinsam in besonders innovationsträchtigen Themengebieten forschen. Die bis zu neun zusätzlichen KICs sind für die Themenbereiche Gesundheit, Bildung, Ernährung, Fertigungstechnik, Sicherheit und Mobilität geplant. In den Jahren 2014, 2017 und 2019 sollen jeweils bis zu drei neue KICs mit einer Laufzeit von zwölf Jahren ausgeschrieben werden. Die Fortführung der drei bereits bestehenden KICs wird ebenfalls angestrebt. Insgesamt beliefen sich dadurch das EIT-Gesamtbudget für die Finanzperiode 2014 - 2020 auf bis zu 4 Mrd. €, wobei die jährlichen Ausgaben für die KICs von 300 Mio. € in 2014 auf 800 Mio. € im Jahr 2020 steigen sollen.

[http://eit.europa.eu/fileadmin/Content/Downloads/SIA/EIT\\_Strategic\\_Innovation\\_Agenda\\_Final.pdf](http://eit.europa.eu/fileadmin/Content/Downloads/SIA/EIT_Strategic_Innovation_Agenda_Final.pdf)

#### **„HORIZON 2020“: NEUER NAME DES FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMMS**

Bis zum Horizont, aber nicht viel weiter. So lässt sich das Ergebnis eines öffentlichen Namenswettbewerbs für den Titel des EU-Forschungsrahmens ab 2014 beschreiben. Den neuen Namen „HORIZON 2020 – the Framework Programme for Research and Innovation“ stellte EU-Forschungskommissarin *Máire Geoghegan-Quinn* am 21.06.2011 vor. Ganz wollte die Kommission aber offenbar nicht auf die eingegangenen Bürgervorschläge zurückgreifen: Der ursprüngliche Vorschlag „Horizon“ von zwei Lehrerinnen aus Polen und der Tschechischen Republik wurde zuerst um den Zusatz „2020“ erweitert, der den Zusammenhang zur Europa 2020-Strategie herstellt. Die Namensverlängerung „Framework Programme for Research and Innovation“ wurde erst bei der Namensverkündung hinzugefügt und soll die Kontinuität zu den bisherigen sieben Rahmenprogrammen verdeutlichen. Dass sich der erste Namensteil gegenüber dem bewährten zweiten in der Forschungsszene durchsetzt, darf bezweifelt werden.

[http://ec.europa.eu/research/csfr/index\\_en.cfm?pg=younameit](http://ec.europa.eu/research/csfr/index_en.cfm?pg=younameit)

#### **EUA-STUDIE ZU UNIVERSITÄTSRANKINGS VORGESTELLT**

Die European University Association (EUA) veröffentlichte am 17.06.2011 bei einem Seminar zu Hochschulrankings ihre Studie „Global University Rankings and their Impact“. Hauptgrund für die Studie war, dass eine kontinuierlich wachsende Zahl von Rankings zunehmend den öffentlichen Diskurs und damit



das Renommee von Hochschulen bestimmt. Dreizehn der bekanntesten Rankings mit weltweitem Blickwinkel, darunter das Shanghai Academic Ranking of World Universities, das Times Higher Education World University Ranking und das CHE Ranking, wurden in der Studie auf ihre Methodik untersucht.

EUA-Ranking-Studie online:

[http://www.eua.be/pubs/Global\\_University\\_Rankings\\_and\\_Their\\_Impact.pdf](http://www.eua.be/pubs/Global_University_Rankings_and_Their_Impact.pdf)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

### **POLNISCHE PRÄSIDENTSCHAFT UND TRIOPRÄSIDENTSCHAFT POLENS, DÄNEMARKS UND ZYPERNS: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUG**

Umwelt-, klima- und gesundheitspolitische Vorhaben stehen nicht im Zentrum der strategischen Planungen der polnischen Präsidentschaft, das vor allem ein verstärktes Wirtschaftswachstum durch den Ausbau des Binnenmarktes betont. Statt eigener umweltpolitischer Schwerpunkte wird sich die Präsidentschaft daher vor allem auf die Fortführung bereits laufender (Seveso III-Richtlinie, WEEE-Richtlinie, Biozidprodukte) bzw. zwingend anstehender Verfahren (UN-Klimakonferenz in Durban, Rio+20-Konferenz) beschränken, die sich ebenfalls im Arbeitsprogramm der Triopräsidentschaft Polens, Dänemarks und Zyperns finden lassen. Im Bereich der Gesundheitspolitik benennt das Arbeitsprogramm der Triopräsidentschaft die Stützung der (nationalen) Gesundheitssysteme zur Verbesserung der Qualität der Gesundheitsversorgung und zur Förderung von Innovationen sowie die Abwehr grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren („Paket zur Gesundheitssicherheit“) als Prioritäten. Konkret stehen Beratungen zur Überarbeitung der sog. „Tabakprodukte-Richtlinie“ und zur Revision der Vorschriften über Medizinprodukte und über Tierarzneimittel auf dem Programm sowie die Wiederaufnahme der Beratungen über den Gesetzgebungsvorschlag zu Patienteninformationen über verschreibungspflichtige Arzneimittel. Ferner soll unter polnischer Ratspräsidentschaft die förmliche Annahme der Verordnung betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel (Lebensmittelkennzeichnung) erfolgen. Im Bereich der Tiergesundheit soll an einem neuen Rahmengesetz gearbeitet werden.



## **TAGUNG DES RATES DER UMWELTMINISTER AM 21.06.2011 IN LUXEMBURG**

Am 21.06.2011 tagte der Rat der Europäischen Union für Umwelt (Umwelt-Rat) in Luxemburg. Anders als vorgesehen konnten sich die Umweltminister dabei nicht auf eine gemeinsame Position zur zukünftigen Klimaschutzpolitik bzw. zum Übergang auf eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft bis 2050 einigen, so dass hierzu lediglich Schlussfolgerungen der ungarischen Präsidentschaft veröffentlicht wurden. Bei der Ratstagung wurden keine Legislativakte erlassen, sondern u. a. Aussprachen zum Verordnungsvorschlag für nationale GVO-Anbauverbote und zur Revision der Richtlinie zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen (Seveso III) geführt. Zu den Themen Schutz der Wasserressourcen und Biodiversitätsstrategie für das Jahr 2020 wurden Schlussfolgerungen des Rates erlassen.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/envir/122956.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/122956.pdf)

## **ERGEBNISSE DES AGRARRATES AM 28.06.2011 IN LUXEMBURG**

Auf der Sitzung des Agrarrates am 28.06.2011 in Luxemburg berichtete der Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, *John Dalli*, über die Gründung einer Sonderarbeitsgruppe („Task Force“), nachdem auch in Frankreich EHEC-Infektionen mit dem aggressiven Erreger O104:H4, der für den aktuellen Ausbruch in Norddeutschland ursächlich ist, nachgewiesen wurden. Nach der Aufhebung des Einfuhrverbotes für Gemüse aus der EU hat Russland den Import aus einigen Mitgliedstaaten, die die Bedingungen des zuvor mit der EU ausgehandelten Kontroll- und Zertifizierungssystems erfüllen, wieder zugelassen. Zu den Ausführungen von EU-Agrarkommissar *Dacian Cioloș* über die finanziellen Entschädigungen für die von der EHEC-Krise betroffenen Gemüsebauern und den weiteren Ergebnissen des Agrarrates vgl. den Bericht des StMELF in diesem EB.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/agricult/123238.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/123238.pdf)

## **PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 22. - 23.06.2011: ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH UMWELT UND GESUNDHEIT**

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat auf seiner Tagung vom 22. - 23.06.2011 in Brüssel u. a. eine Entschließung über die Entsorgung ab-



gebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle angenommen. Mit großer Mehrheit (489 Ja-Stimmen, 52 Nein-Stimmen und 75 Enthaltungen) sprachen sich die Parlamentarier u. a. dafür aus, dass Abfälle aus europäischen Nuklearanlagen nicht außerhalb der EU entsorgt werden sollten. Die Verbringung abgebrannter Brennstäbe in Nicht-EU-Staaten soll nur zulässig sein, sofern diese nach dem Recycling wieder in die EU eingeführt werden. Ein entsprechender Vorschlag des Energie- und Industrieausschusses des EP, der Exporte befürwortete, wurde mit 328 Nein-Stimmen knapp abgelehnt (311 Ja-Stimmen, 7 Enthaltungen).

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-  
//EP//NONSGML+TA+20110623+SIT-03+DOC+WORD+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20110623+SIT-03+DOC+WORD+V0//DE&language=DE)

#### **KOMMISSION LEGT VORSCHLAG FÜR EINE ENERGIEEFFIZIENZ- RICHTLINIE VOR**

Die Kommission hat am 22.06.2011 ihren lange erwarteten Vorschlag für eine Energieeffizienz-Richtlinie vorgelegt. Sie soll die bisherige Kraft-Wärme-Kopplungs-Richtlinie (Richtlinie 2004/8/EG) und die Energiedienstleistungs-Richtlinie (Richtlinie 2006/32/EG) ersetzen. Neben der Konsolidierung des Rechts schlägt die Kommission auch neue Maßnahmen, vor. Einer der Kernpunkte ist eine verpflichtende Sanierungsquote von jährlich 3 % für Gebäude im Eigentum der öffentlichen Hand. Ebenso sollen nur noch energieeffiziente Gebäude, Produkte und Dienstleistungen beschafft werden. Die Richtlinie sieht auch Pflichten für Energieversorger und die Industrie vor. Beim Endkunden setzen Regelungen zu transparenten Abrechnungen und dem Zugang zu Verbrauchsdaten in Echtzeit an. Als besonders effiziente Art der Energieerzeugung will die Kommission in der Richtlinie die Kraft-Wärme-Kopplung fördern. Ein rechtsverbindliches Einsparziel enthält der Vorschlag nicht. Zum 30.06.2014 will die Kommission jedoch Einsparfortschritte überprüfen und je nach Ergebnis in der Folge die Einführung verbindlicher nationaler Ziele vorschlagen.

[http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/770&format=H  
TML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/770&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en)

#### **KOMMISSION ERÖFFNET KONSULTATION ZUR REVISION DER LUFTQUALITÄTS-RL**

Am 30.06.2011 hat die Kommission eine Internetbefragung zur Revision der



Richtlinie 2008/50/EG über Luftqualität und saubere Luft für Europa (Luftqualitäts-Richtlinie) gestartet. Die Richtlinie sieht u. a. vor, dass die Kommission im Jahr 2013 die Vorschriften über PM<sub>2,5</sub>-Feinstaub sowie gegebenenfalls anderer Schadstoffe überprüft und dem EP und dem Rat einen Vorschlag für eine Änderung der Richtlinie unterbreitet. Auch vor dem Hintergrund, dass zur Zeit mindestens 20 Mitgliedstaaten die bestehenden Grenzwerte für PM<sub>10</sub>-Feinstaub oder Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) nicht einzuhalten vermögen, hat die Generaldirektion Umwelt bereits im Frühjahr 2011 mit den internen Arbeiten an einem Richtlinienentwurf begonnen. Mit der Befragung leitet die Kommission nun formal den Revisionsprozess ein. Hierbei stehen zwei Online-Fragebögen zur Verfügung. Der erste wendet sich an die Allgemeinheit, während der zweite Fragebogen für Experten, Behörden, NGOs, etc. gedacht ist. Die Frist zur Teilnahme an der Befragung endet am 30.09.2011.

[http://ec.europa.eu/environment/consultations/air\\_en.htm](http://ec.europa.eu/environment/consultations/air_en.htm)

#### **KOMMISSION LEGT POLITISCHE LEITLINIEN ZUR VORBEREITUNG DER UN-KONFERENZ „RIO+20“ VOR**

Die Kommission hat am 20.06.2011 im Rahmen einer Mitteilung (KOM(2011) 363 endgültig) Vorschläge zur Positionierung der EU auf der UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung Rio+20 vom 04. - 06.06.2012 in Rio de Janeiro vorgelegt. Die Mitteilung „Rio+20: Hin zu einer umweltverträglichen Wirtschaft und besserer Governance“ beschreibt Zielsetzungen und Maßnahmen für den Übergang zu einer umweltverträglichen Wirtschaft in Verbindung mit nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung.

Mitteilung:

[http://ec.europa.eu/environment/international\\_issues/pdf/rio/com\\_2011\\_363\\_d\\_e.pdf](http://ec.europa.eu/environment/international_issues/pdf/rio/com_2011_363_d_e.pdf)

Zur UN-Konferenz Rio+20:

<http://www.uncsd2012.org/rio20/>

#### **GRÜNBUCH ZUR ÜBERARBEITUNG DER RICHTLINIE ÜBER BERUFSQUALIFIKATIONEN**

Die Kommission hat am 22.06.2011 ein Grünbuch zur Überarbeitung der Richtlinie 2005/36/EG über die gegenseitige Anerkennung beruflicher Qualifikationen veröffentlicht. Ziel der Überarbeitung der sechs Jahre alten Richtlinie ist es, die grenzüberschreitende Mobilität von EU-Bürgern, die ihre berufliche



Tätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat vorübergehend oder dauerhaft ausüben wollen, zu erleichtern und damit gleichzeitig die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern und die europäische Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen. Zu den im Grünbuch aufgezeigten Optionen und Konzepten können alle interessierten Kreise bis zum 20.09.2011 Stellung nehmen gegenüber [MARKT-PQ-EVALUATION@ec.europa.eu](mailto:MARKT-PQ-EVALUATION@ec.europa.eu). Die Ergebnisse dieser neuen Konsultation will die Kommission auf einer Fachkonferenz am 07.11.2011 bekannt geben. Den Gesetzgebungsvorschlag zur Aktualisierung der Richtlinie hat der zuständige Kommissar, *Michel Barnier*, für Ende 2011 angekündigt (s. auch Bericht des StMWIVT in diesem EB).

Grünbuch:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/docs/2011/professional\\_qualifications\\_directive/COM267\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/docs/2011/professional_qualifications_directive/COM267_de.pdf)

Webseite zur Konsultation:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/consultations/2011/professional\\_qualifications\\_directive\\_en.htm#](http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2011/professional_qualifications_directive_en.htm#)

### **NEUER RECHTSRAHMEN FÜR LEBENSMITTEL, DIE FÜR EINE BESONDERE ERNÄHRUNG BESTIMMT SIND**

Die Kommission hat am 20.06.2011 einen Vorschlag für eine Verordnung über Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder sowie über Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke veröffentlicht, mit dem eine umfassende Revision des Rechtsrahmens für Lebensmittel, die für eine besondere Ernährung bestimmt sind, eingeleitet wird. Ziel ist, durch die Vereinfachung der gesetzlichen Regelungen dem Verbraucher bessere und genauere Informationen über Lebensmittel für besondere Ernährungszwecke zur Verfügung zu stellen, Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt zu vermeiden sowie die Kontrollen der Kennzeichnung solcher Lebensmittel durch nationale Behörden zu erleichtern. Dies betrifft z. B. Lebensmittel für Säuglinge, Kleinkinder, Schwangere, Sportler oder Menschen mit Laktose- oder Glutenintoleranz. Das Europäische Parlament (EP) und der Rat beraten in Folge über den Vorschlag im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren. Die neuen Bestimmungen sollen Ende 2012 in Kraft treten.

Verordnungsvorschlag:

[http://ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/nutritional/docs/sanco\\_11224\\_2011\\_rev5\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/nutritional/docs/sanco_11224_2011_rev5_de.pdf)



Weitere Informationen:

[http://ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/nutritional/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/nutritional/index_en.htm)

### **EIT: STRATEGIEPLAN FÜR DIE ZEIT AB 2014**

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) hat seine Strategische Innovationsagenda für die nächste Haushaltsperiode ab 2014 veröffentlicht und sie zugleich offiziell bei der zuständigen Generaldirektion für Bildung und Kultur der Europäischen Kommission eingereicht. Die Innovationsagenda beinhaltet insbesondere Vorschläge für die nächste Generation der „Knowledge and Innovation Communities“ (KICs), in denen Privatwirtschaft und Forschungsinstitutionen gemeinsam in besonders innovationsträchtigen Themengebieten forschen. Die bis zu neun zusätzlichen KICS sind für die Themenbereiche Gesundheit, Bildung, Ernährung, Fertigungstechnik, Sicherheit und Mobilität geplant. In den Jahren 2014, 2017 und 2019 sollen jeweils bis zu drei neue KICs mit einer Laufzeit von zwölf Jahren ausgeschrieben werden. Die Fortführung der drei bereits bestehenden KICs wird ebenfalls angestrebt. Insgesamt beliefen sich dadurch das EIT-Gesamtbudget für die Finanzperiode 2014-2020 auf bis zu 4 Mrd. Euro, wobei die jährlichen Ausgaben für die KICs von 300 Mio. € 2014 auf 800 Mio. € im Jahr 2020 steigen sollen (s. Beitrag des StMWFK in diesem EB).

### **„HORIZON 2020“: NEUER NAME DES FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMMS**

Bis zum Horizont, aber nicht viel weiter. So lässt sich das Ergebnis eines öffentlichen Namenswettbewerbs für den Titel des EU-Forschungsrahmens ab 2014 beschreiben. Den neuen Namen „HORIZON 2020 – the Framework Programme for Research and Innovation“ stellte EU-Forschungskommissarin *Máire Geoghegan-Quinn* am 21.06.2011 vor. Ganz wollte die Kommission aber offenbar nicht auf die eingegangenen Bürgervorschläge zurückgreifen: Der ursprüngliche Vorschlag „Horizon“ von zwei Lehrerinnen aus Polen und der Tschechischen Republik wurde zuerst um den Zusatz „2020“ erweitert, der den Zusammenhang zur Europa 2020-Strategie herstellt. Die Namensverlängerung „Framework Programme for Research and Innovation“ wurde erst bei der Namensverkündung hinzugefügt und soll die Kontinuität zu den bisherigen sieben Rahmenprogrammen verdeutlichen (s. Beitrag des StMWFK in diesem EB).



Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

### **POLNISCHE PRÄSIDENTSCHAFT UND TRIOPRÄSIDENTSCHAFT POLENS, DÄNEMARKS UND ZYPERNS: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DER IUK- UND MEDIENPOLITIK**

Das Arbeitsprogramm der polnischen Ratspräsidentschaft umfasst im Bereich Audiovisuelles folgende thematische Schwerpunkte:

- Die „digitale Erhaltung des kulturellen Erbes“. Hierzu werde noch in 2011 die Kommissionsmitteilung zur Digitalisierung erwartet, in der auch über den aktuellen Entwicklungsstand der digitalen Bibliothek EUROPEANA in den Mitgliedstaaten sowie über die Resultate des „Ausschusses der Weisen“ berichtet werden soll. Auf dieser Grundlage sind Ratsschlussfolgerungen geplant.
- Einigung über die langfristige Finanzierung der EUROPEANA

Im Bereich Telekommunikation hat das Arbeitsprogramm als Schwerpunkte den Abschluss der Verhandlungen über den Vorschlag der Kommission für ein erstes Europäisches Frequenzpolitisches Programm (RSPP). Mit dem Ziel einer flächendeckenden Einführung und Nutzung von Breitbandnetzen in Europa, soll dieses Programm strategische Leitlinien für die europäische Frequenzpolitik festlegen und eine Koordinierung der Frequenznutzung ermöglichen.

### **KOMMISSION ERÖFFNET KONSULTATION ZUR FILMFÖRDERUNG**

Am 20.06.2011 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Thema Filmförderung in der EU. Laut Wettbewerbskommissar *Joaquín Almunia* möchte die Kommission bis zum 30.09.2011 ein umfassendes Meinungsbild zu den Filmförderkriterien gemäß der derzeit geltenden Mitteilung zur Filmwirtschaft einholen (EB 17/11), um im Anschluss daran eine Prüfung neuer Beihilferegulungen einzuleiten. Grundsätzlich werden staatliche Beihilfen für Filme und audiovisuelle Werke von der Kommission zwar nicht in Frage gestellt, doch will sie insbesondere den Subventionswettbewerb europäischer Staaten um US-Filmproduktionen künftig verhindern. Da die derzeitigen Regelungen nur noch bis zum Ende des nächsten Jahres gelten, plant die Kommission die Annahme einer neuen Mitteilung zur Filmwirtschaft für das zweite Halbjahr 2012.



### **EUGH ENTSCHIEDET ÜBER VERBOT DER SCHLEICHWERBUNG AUCH BEI UNENTGELTLICHKEIT**

Am 09.06.2011 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) über das Verbot von Schleichwerbung auch ohne Entgeltzahlung. Der EuGH urteilte, dass gemäß der Fernsehrichtlinie 89/552/EWG in deren Neufassung 97/36/EG (EB 07/11) die Zahlung eines Entgelts oder einer ähnlichen Gegenleistung keine notwendige Voraussetzung für das Vorliegen einer beabsichtigten Schleichwerbung ist.

Urteil des EuGH:

<http://lexetius.com/2011.2328>

### **KOMMISSIONSBERICHT ZUM SCHUTZ MINDERJÄHRIGER IN SOZIALEN NETZEN VERÖFFENTLICHT**

Laut einem von der Kommission am 21.06.2011 veröffentlichten Bericht über die Umsetzung der „Grundsätze für sichere soziale Netze in der EU“ (EB 09/11) schützen soziale Netzwerke die Profile ihrer minderjährigen Anwender nicht in ausreichendem Maße. Der Minderjährigenschutz im Netz wird auch eine der Prioritäten der kommenden polnischen Ratspräsidentschaft sein. Der Bericht ist abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/social\\_networking/eu\\_action/implementation\\_princip\\_2011/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/activities/social_networking/eu_action/implementation_princip_2011/index_en.htm)

### **KROES FORDERT INTELLIGENTE UND KOHÄRENTE FREQUENZ-NUTZUNG**

Anlässlich der „6th Annual European Spectrum Management Conference“ am 14.06.2011, forderte die Kommissarin für die Digitale Agenda, Vizepräsidentin *Neelie Kroes* eine intelligente und kohärente Frequenznutzung, welche für eine europaweite Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen unabdingbar sei.

Die Rede der Vizepräsidentin *Kroes* ist abrufbar unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/433&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **KROES FORDERT MEHR PRIVATSPHÄRE IM INTERNET MITTELS „DO-NOT-TRACK“ TECHNOLOGIE**

Anlässlich eines Workshops zu den Themen „Online Tracking Protection and



Browsers“ am 22.06.2011, umriss Vizepräsidentin *Neelie Kroes* ihre Vorstellung einer Online-Privatsphäre. Dabei forderte sie nicht nur eine schnelle Umsetzung der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation, sondern sie sprach sich zugleich für die Einführung einer „do-not-track“ Funktionalität (DNT) aus.

Die Rede der Kommissarin *Kroes* ist abrufbar unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/461&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>